

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

15. Juli 2008

im **Feuerwehrhaus** in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz** (zu TOP 02), Angela **Bloss**, Walter **Freudenberger**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Dr. Rainer **Köthe**, Engelbert **Lorenz**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Roland **Schnell**

Verwaltung: Böhm, Hack

Es fehlten als entschuldigt: Peter **Haffelder**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 07. Juli 2008 ordnungsgemäß eingeladen worden ist.

Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 11. Juli 2008 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 10. Juni 2008

Beschluss:

Der Sitzungsniederschrift vom 10. Juni 2008 wird zugestimmt.

Abstimmung: 13 Ja

02. Stadtentwicklungsplanung in Neckarbischofsheim hier: Vorstellung des Planungsbüros ANP

Bürgermeister Vogt begrüßt zu diesem TOP Frau Barbara Ettinger-Brinkmann und Herrn Michael Bergholter, vom Büro ANP (Büro für Architektur und Nutzungsplanung) aus Kassel, die in der heutigen Sitzung ihr Planungsbüro vorstellen und zeigen werden, wie ein Stadtentwicklungskonzept aussehen und was die Stadt von diesem erwarten kann, sollte sie dem Büro den Planungsauftrag erteilen. Es handelt sich hierbei lediglich um eine Information für den Gemeinderat, ein Beschluss ist nicht zu fassen.

Frau Ettinger-Brinkmann führt aus, dass sie ausgebildete Architektin ist und seit 1977 im Büro ANP arbeitet, ab 1980 als Partnerin und Selbständige. Seit 1994 führt sie zusammen mit Michael Bergholter das Büro ANP, das 25 Mitarbeiter mit den entsprechenden Qualifikationen beschäftigt.

Herr Bergholter führt aus, dass für die Stadtentwicklung die Probleme im Dialogprozess anzugehen sind. Hierbei hat das Büro ANP viele Erfahrungen in anderen Gemeinden gemacht. Allerdings muss jede Gemeinde ihr eigenes Programm aufstellen, wobei auf Problemlagen und Zielvorstellungen eingegangen werden muss. Ein Stadtentwicklungskonzept kann nicht am „grünen Tisch“ erarbeitet werden, sondern muss im engen Kontakt mit der Gemeinde entwickelt werden. Hierzu zählen vor allem zahlreiche Informationen über die örtlichen Problemlagen. Die Grundphilosophie des Büro ANP besteht darin, dass es eng mit den Kommunalpolitikern zusammenarbeitet, da diese Multiplikatoren sind und das Ohr nah am Bürger haben. Um die Zukunftsaufgaben effizienter lösen zu können, müssen die unterschiedlichen Situationen vor Ort mit aufgenommen werden. Die Probleme, die die Stadt Neckarbischofsheim hat, decken sich mit vielen anderen Gemeinden (demographischer Wandel, angespannte Finanzsituation, verschärfte interkommunale Konkurrenz). Hier wird mit harten Bandagen gekämpft, wobei dies beim Entwicklungskonzept zur Kenntnis genommen werden muss. Deshalb ist ein klares Profil zu erstellen, Schwerpunkte sind zu setzen (was haben wir vor – wie lebt das Gemeinwesen künftig), um selbstbewusster im interkommunalen Konkurrenzkampf auftreten zu können. Eventuell sollte auch überlegt werden, ob Kooperationen mit anderen regionalen Bündnissen eingegangen werden können, z.B. durch die Erstellung eines gemeinsamen Profils. Schon in der Anfangsphase sind verschiedene Fragestellungen auf den Prüfstand zu stellen, wie bei einer Unternehmungsplanung: Wo stehe ich heute? Wo will ich in zehn Jahren hin? Was sind meine Themenschwerpunkte? Wo will ich mich auf dem Markt positionieren? Die Positionierung ist auch eine Unternehmerstrategie, die bei sehr vielen Städten und Gemeinden bereits zum Standard zählt. Dabei ist auch das Profil nach innen und nach außen abzuklären, um potentielle Unternehmer in den Ort zu locken. Weiterhin sind die weichen und harten Standortfaktoren zu durchleuchten. Im nächsten Schritt ist dann abzuklären, wie der Prozess organisiert wird. Dabei spielen Umsetzung, Prioritäten, Organisation, Förderbescheide eine wichtige Rolle. Aus den unterschiedlichen Förderprogrammen ist die beste Finanzierungsquelle für die Kommune auszuloten. Die wichtigsten Punkte, die eine Stadtentwicklungsplanung leisten muss sind Antworten auf die folgenden Fragestellungen zu finden: Familien, Senioren, Stärken, Schwächen Verkehrsproblematik (Bsp. S-Bahn-Anschluss).

Herr Bergholter stellt einige Referenzobjekte anhand einer Bildschirmpräsentation vor, jedoch ohne Anspruch darauf, dass diese in Neckarbischofsheim unmittelbar umgesetzt werden können (Rahmenplan Marburg Nordstadt; Stadtumbau Nordhausen, Stadtentwicklungskonzept Bad Wilhelmshöhe; Masterplan Butzbach u.a.). Dabei stellt er fest, dass jede Stadt ein Identifikationsprojekt benötigt und ein strategischer Ansatz wichtig ist, um öffentlichen Förderungen zu erhalten. Weiterhin sind intensive Diskussionen drüber zu führen, wie das Stadtentwicklungskonzept angegangen werden soll. Bei der heutigen Ortsdurchfahrt konnte er bereits feststellen, dass Neckarbischofsheim ein großes Potential besitzt, wie man verschiedene Anwesen weiterentwickeln kann, damit sich der Ortskern wieder mit Leben füllt.

Im Rahmen eines 10-Punkte-Programms stellt er die Leistungen und Angebote des Büros ANP vor: Vorarbeiten, Bestandsanalyse und Zukunftserwartungen, Schlüsselpersonengespräche, Szenarien- und Leitbilddiskussion, Workshop, Zieldefinition für die Stadtentwicklung in den einzelnen Sektoren, Städtebauliches Entwicklungskonzept, ggf. zweiter Workshop, Abschlussbericht, Präsentation vor städtischen Gremien. Die Arbeitsphase wird zirka sechs Monate in Anspruch nehmen. Die Kosten sind noch nicht abzuschätzen, werden aber nicht höher als 20.000 Euro betragen, wenn man vernünftige Unterlagen erstellen will. Drei Personen werden für die Konzepterstellung benötigt, wobei Herr Bergholter selbst die Projektleitung übernehmen, und die Termine in den Gremien, den Workshops und mit den Zuschussgebern selbst wahr nehmen wird.

Im Rahmen der Diskussion bittet Stadtrat Thomas Mayer um Auskunft, ob das Büro ANP eher die Möglichkeiten vor Ort suchen wird, oder eventuell Nachbarkommunen in den interkommunalen Kooperationsprozess einbinden möchte. Des Weiteren möchte er wissen, wie viele interkommunale Kooperationsprojekte das Büro ANP bereits durchgeführt hat. Hierzu teilt ihm Herr Bergholter mit, dass er die örtliche Situation nicht kennt, er aber bisher gute Erfahrungen im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit gemacht hat. Auf jeden Fall ist mit den Verbänden, die den Gesamttraum und die wirtschaftlichen Potentiale kennen, in die Diskussion einzusteigen. Sollte sich daraus eine sinnvolle Kooperation ergeben, sollte diese angegangen werden. Wenn nicht, muss die Stadt Neckarbischofsheim das Entwicklungskonzept alleine durchführen. Frau Ettinger-Brinkmann fügt hinzu, dass die Stadt auf ihre Stärken setzen muss, wobei Alleinstellungsmerkmale herauszuarbeiten und zu profilieren sind. Zu Beginn der Analysephase ist allerdings darauf zu achten, was die anderen Kommunen in diesem Bereich anstellen. Herr Bergholter führt noch aus, dass lediglich vier interkommunale Projekte vom Büro ANP betreut wurden, die jedoch schon bei der Planung so angelegt waren.

Stadtrat Rüdiger Knapp bittet um Übersendung einer Referenzliste in welcher zu ersehen ist, wo das Büro ANP im Umkreis von Neckarbischofsheim tätig war. Frau Ettinger-Brinkmann teilt mit, dass die Projekte im Internet unter www.anp-ks.de aufgelistet sind. Herr Berholter ergänzt, dass das Büro ANP vom Regionalverband Rhein-Neckar den Auftrag für das Bahnhofsentwicklungskonzept in Sinsheim erhalten hat.

Auf die Anfrage von Stadtrat Norbert Benz, ob das Büro ANP nach der Präsentation des Abschlussprojekts auch die weitere Betreuung übernimmt führt Herr Berholter aus, dass nach vielen Planungen auch das Projektmanagement übernommen wurde. Dabei setzt er vor allem auf das „Wir-Gefühl“, um das Projekt durchführen zu können, wobei eine eindeutige Basis und tragfähige Beschlüsse vorliegen müssen.

Bürgermeister Vogt ergänzt, dass es an der Stadt Neckarbischofsheim liegt, in welchem Umfang das Büro ANP dann beauftragt werden soll. Beim Kanal- und Straßenbau werden sicherlich die bisher in Neckarbischofsheim tätigen Ingenieurbüros weiterhin tätig bleiben. Es liegt nun am Gemeinderat und der Verwaltung, wie das Paket Stadtentwicklungsplanung geschnürt wird und wohin sich die Stadt künftig entwickeln möchte.

Stadtrat Norbert Benz weist noch darauf hin, dass das derzeit große Verkehrsproblem nicht kurzfristig angegangen werden darf, sondern auf längere Dauer ausgelegt sein muss. Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass dies ein Handlungsfeld im Entwicklungskonzept sein wird.

Auf die Anfrage von Stadtrat Walter Freudenberg, ob das Entwicklungskonzept auch für die beiden Stadtteile erstellt wird teilt Bürgermeister Vogt mit, dass dies selbstverständlich ist, da hier die gleichen strukturellen Probleme wie am Hauptort vorliegen. Außerdem gehören Helmhof, Untergimpfern und Neckarbischofsheim zusammen. Frau Ettinger-Brinkmann ergänzt, dass es sich um ein schlechtes Entwicklungskonzept handelt, würde man nicht alle Teilorte in dieses einbinden.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Ausführungen.

03. Gesamtentwässerungsentwurf im Stadtteil Helmhof hier: Auftragsvergabe zur Erstellung

Stadtrat Gerold Rossel erklärt sich bei diesem TOP für befangen und begibt sich zu den Zuhörern.

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und erläutert, dass das RÜB im Stadtteil Helmhof in den letzten Jahren sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Bevor jedoch das Becken saniert wird, sollte sinnvoller Weise der Stadtteil Helmhof neu überrechnet werden, nachdem sich die Berechnungsgrundlagen für Kanäle in den letzten 20 Jahren deutlich verändert haben. Hierbei wird auch überprüft, wie groß das neue RÜB dimensioniert werden muss. Durch die Verwaltung wurden zwei Honorarinformationen bei den Ing. Büros Willaredt und Martin eingeholt, die nah beieinander liegen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass bei Honorarangeboten quasi gleich hoch sind. Nachdem die Stadt Neckarbischofsheim in diesem Bereich nicht den Vergabevorschriften unterworfen ist, da die Abrechnung der Ingenieurleistungen nach HOAI erfolgt, schlägt er vor, das Ing. Büro Martin, Reichartshausen, mit der Erstellung des Gesamtentwässerungsentwurfs für den Stadtteil Helmhof zu beauftragen.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass das Ing. Büro Willaredt den Vorteil hat, dass dieser das Kanalnetz in Helmhof kennt und dieser auch auf digitalisierte Unterlagen zurückgreifen kann.

Stadtrat Rüdiger Knapp ist der Meinung, dass man sich nicht vom Ing. Büro Willaredt abhängig machen sollte, sondern auch anderen Ingenieurbüros einen Einblick in das Kanalnetz geben sollte, weshalb er sich ebenfalls für die Auftragsvergabe an das Ing. Büro Martin ausspricht.

Stadtrat Walter Freudenberger fügt hinzu, dass das Ing. Büro Martin bereits für den Hochwasserzweckverband arbeitet und sich im Bereich der Hochwasserproblematik gut auskennt, weshalb er ebenfalls für die Vergabe der Arbeiten an das Ing. Büro Martin ist.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass beide Ing. Büros leistungsfähig ist, weshalb über die Qualifikationen der Büros nicht diskutiert werden braucht.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Auftragsvergabe zur Erstellung des Gesamtentwässerungsentwurfs im Stadtteil Helmhof an das Ing. Büro Martin, Reichartshausen, zum Angebotspreis in Höhe von 17.636,69 Euro zu.

Abstimmung: 13 Ja

04. Landessanierungsprogramm

Auftragsvergabe Grobanalyse für den Stadtteil Untergimpfern

Bürgermeister Vogt verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass am 07. Juli 2008 ein Gespräch mit den Grundstückseigentümern und Bürgern im Josefssaal der Katholischen Kirchengemeinde Untergimpfern stattfand, bei welchem sich eine rege Diskussion über die weitere Entwicklung des Stadtteils ergab. Die Untergimpferner sind sich der Problematik bewusst, dass in ihrem Stadtteil viele Gebäude leer stehen und es keine Neubauflächen gibt. Deshalb brauchen die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils, wie auch die Verwaltung und der Gemeinderat eine Handreichung, wie es in Untergimpfern weitergehen soll. Ohne dem Stadtentwicklungskonzept vorgreifen zu wollen, benötigt Neckarbischofsheim die Unterstützung des Landes Baden-Württemberg. Im Altstadtbereich (Stadtsanierung) und derzeit in der von-Hindenburg-Straße (Landessanierungsprogramm) hat man hier schon gute Erfahrungen gemacht. Um diese Förderung erhalten zu können, benötigt die Stadt die Grobanalyse, damit ein entsprechender Antrag beim Regierungspräsidium Karlsruhe gestellt werden kann. Am 17. Juli 2008 wird noch einmal ein Gespräch hierzu mit dem Regierungspräsidium erfolgen.

Bürgermeister Vogt schlägt vor, der STEG den Auftrag für die Grobanalyse zu erteilen, da diese sich schon mit der Thema beschäftigt, und auch schon zweimal den Stadtteil Untergimpfern beabsichtigt haben. Die STEG kennt die Aufgabenstellung und Problematik des Stadtteils bereits.

Stadtrat Dr. Rainer Köthe führt aus, dass er das LSP als einzige Möglichkeit sieht, die vielen Ruinen im Ortskern, die sich alle in Privatbesitz befinden, zu sanieren. Deshalb muss die Stadt finanzielle Hilfen geben, damit Untergimpfern wieder ein schöneres Dorf wird.

Stadtrat Rüdiger Knapp ist der Ansicht, dass das LSP nur eine kurzfristige Maßnahme darstellt. Hierzu teilt ihm Bürgermeister Vogt mit, dass das Programm auf 10 Jahre ausgelegt ist. Außerdem wird die Stadt Neckarbischofsheim sicherlich nicht im ersten Anlauf in das Programm aufgenommen. In dieser Zeit sollte durch eine Feinanalyse ein Zuschussrahmen erstellt werden, der mit dem noch zu erstellenden Stadtentwicklungskonzept nicht konfrontiert. Für das Entwicklungskonzept werden sicherlich zwei Jahre benötigt. Sollten bis dahin die Mittel für das LSP bereitgestellt sein, können die Sanierungsmaßnahmen zügig durchgeführt werden.

Stadträtin Karin Bender erachtet es als unumstritten, dass beide Konzepte zusammengeführt werden, wobei sie sich dafür ausspricht, die Grobanalyse schon jetzt in Auftrag zu geben.

Stadtrat Rüdiger Knapp hinterfragt, ob die Stadt mit der STEG den richtigen Partner hat, da im LSP von-Hindenburg-Straße bisher keine Neubauten erfolgt sind.

Bauamtsleiter Jürgen Böhm erwidert hierauf, dass während der Erstellung des Entwicklungskonzepts mit dem Planer bereits herausgearbeitet wird, welche Fördermöglichkeiten noch in Anspruch genommen werden können. Das LSP ist eine Möglichkeit, wobei dieses nicht dem Stadtentwicklungskonzept widerspricht, sondern lediglich schon jetzt versucht werden soll, Mittel zur Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen zu erhalten. Bürgermeister Vogt fügt noch hinzu, dass sich beide Konzepte ergänzen.

Stadtrat Walter Freudenberger bringt zum Ausdruck, dass viele Gemeinderatskollegen die Angelegenheit nicht so sehen wie die Verwaltung. Aus diesem Grund spricht er sich dafür aus, zuerst eine Vor-Ort-Begehung mit dem Gemeinderat zu machen, um sich ein Bild von den anstehenden Maßnahmen machen zu können.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Problematik im Stadtteil Untergimpfern hinlänglich bekannt ist und die STEG lediglich eine Grobanalyse zu erstellen hat. Die Vorstellung des Ergebnisses kann mit einem Ortstermin in Untergimpfern verbunden werden.

Stadtrat Hans Peter Jelinek fügt hinzu, dass die STEG auch Entwicklungskonzepte erstellt, weshalb er sich wünscht, dass diese sich auch im Gemeinderat vorstellt. Dies wird ihm von Bürgermeister Vogt zur nächsten Sitzung zugesichert.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Auftragsvergabe zur Erstellung einer Grobanalyse für den Stadtteil Untergimpfern zur Aufnahme in das Landessanierungsprogramm 2009 an die Fa. STEG, Heilbronn, zum Angebotspreis in Höhe von 3.900,00 Euro zzgl. MwSt. zu.

Abstimmung: 14 Ja

05. Sanierung der ehemaligen Pfarrkirche „St. Johann“ (Totenkirche) hier: Beschluss über die Beteiligung der Stadt an den Sanierungskosten

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt aus, dass für die Vermarktung der Kirche (Kirchliche Trauungen) es besser wäre, den Begriff „Totenkirche“ nicht mehr zu verwenden, da in einer solchen Kirche niemand getraut werden möchte.

Zur derzeitigen Situation führt er aus, dass sich die Evangelische Kirchengemeinde schwer tut, bei den anstehenden Sanierungsmaßnahmen die durchzuführen sind, alles alleine zu machen. Bei einem Gespräch mit Vertretern des Denkmalamtes, der Kirche und der politischen Gemeinde wurde festgestellt, dass die Innen- und Außenrenovierung der Kirche 500.000 Euro beträgt. Durch die Vertreter des Bundes und des Landes wurde die besondere Bedeutung des kleinen Kirchleins hervorgehoben. Der Bund und das Land haben nun ein einmaliges Sonderprogramm aufgelegt, das eine Förderung der Sanierung mit 300.000 Euro möglich macht. Üblicherweise wird durch die Deutsche Denkmalstiftung ein deutlich geringerer Prozentsatz für solche Sanierungsmaßnahmen gewährt. Der Oberkirchenrat hat des Weiteren der Evangelischen Kirchengemeinde, als Eigentümerin der Kirche, ebenfalls einen Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro fest zugesagt. Die Stadt Neckarbischofsheim und der Verein für Heimatpflege beteiligen sich mit 80.000 Euro (Stadt) und 20.000 Euro (Verein für Heimatpflege) ebenfalls an der Sanierung, wobei sicherlich noch Spenden für die Sanierung eingehen werden, so dass sich der städtische Anteil hier verringern wird. Die Sanierungsmaßnahme erstreckt sich über den Zeitraum von drei Jahren (2009 bis 2011).

Stadtrat Gerold Rossel spricht sich dafür aus, in den Beschluss des Gemeinderats aufzunehmen, dass der städtische Anteil in Höhe von 80.000 Euro gedeckelt wird. Bürgermeister Vogt stellt hierzu fest, dass wenn sich die Kosten für die Sanierung erhöhen, das Denkmalamt bereits zugesichert hat, dass eine weniger aufwändige Sanierung vorgenommen wird.

Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt fest, dass sich mit dem 60prozentigen Zuschuss eine einmalige Chance auftut, das historische Gebäude in einen guten Zustand zu versetzen, und so für die nächsten Jahrzehnte dann Ruhe zu haben. Auch er spricht sich für den Deckelungsvorschlag von Stadtrat Gerold Rossel aus. Nachdem die Maßnahme auf drei Jahre ausgelegt ist, spricht er sich bedenkenlos für die Sanierungsmaßnahme aus. Schließlich wäre die Alternative, den Zuschuss und auch die Totenkirche verfallen zu lassen.

Stadtrat Dr. Rainer Köthe teilt mit, dass er die Kirche nur vom Hörensagen kennt und es ihm nicht bewusst war, dass es sich hier um eine überregionale Kostbarkeit handelt. Mit der alten Pfarrkirche sollte die Stadt nach der Sanierung mehr Werbung für die Stadt nach Innen und Außen machen, auch mit den historischen Gebäuden die die Altstadt zu bieten hat.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass die Evangelische Kirchengemeinde bestrebt ist, eine weitere Nutzung und Förderung für die Pfarrkirche „St. Johann“ zu finden. Im Übrigen hätten die Kirchengemeinde und die Stadt die Zuschüsse nicht angeboten bekommen, wenn es sich hierbei nicht um ein bedeutendes Denkmal handeln würde.

Stadtrat Walter Freudenberger führt aus, dass es bei der Europäischen Union Zuschüsse für die Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden gibt, weshalb er die Verwaltung bittet, dies mit den Abgeordneten wegen der Beantragung der Zuschüsse in Verbindung zu setzen. Bürgermeister Vogt nimmt diesen Hinweis gerne auf.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Beteiligung der Stadt Neckarbischofsheim an den Sanierungskosten der ehemaligen Pfarrkirche „St. Johann“ (Totenkirche) in Höhe von 80.000,00 Euro zu. Deckelung

Abstimmung: 14 Ja

06. Bebauungsplan „Sondergebiet Einzelhandel“

a) Billigung des Plankonzeptes

b) Beschluss zur Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. I BauGB sowie der Trägeranhörung nach § 4 Abs. I BauGB

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass am 09. Juli 2008 alle notwendigen notariellen Kaufverträge beim Notariat Neckarbischofsheim vorgenommen wurden (Verkauf Grundstück Dörner und Verkauf Netto-Markt). Am 24. Juli 2007 wurde in der Gemeinderatssitzung der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Sondergebiet Einzelhandel“ gefasst. In den letzten Monaten ist aber in das Verfahren Ruhe eingeleitet, weil die Fa. Netto erst entsprechende Planungen vornehmen musste, wie der neue Markt aussehen soll und ob die notwendigen Verträge unter Dach gebracht werden können. Bürgermeister Vogt wirft den Bebauungsplan sowie die Planunterlagen für den neuen Netto-Markt per Beamer an die Wand und erläutert nochmals die Maßnahme. Der Netto-Markt soll auf 800 m² erweitert werden, wobei der Neubau auf dem ehemaligen Grundstück des Herrn Dörner beginnen wird. Vor dem Markt werden neue Stellplätze angelegt. Sollte der Gemeinderat in der heutigen Sitzung das Plankonzept billigen und die Bürgerbeteiligung und Trägeranhörung beschließen, ist ein erster Schritt erfolgt, um den Bauantrag weiter behandeln zu können. Die zeitliche Planung sieht so aus, dass der Bebauungsplan und der Bauantrag bis Ende des Jahres fertig gestellt sein können.

Stadtrat Hans Peter Jelinek begrüßt den erfrischend einfachen Bebauungsplanentwurf, dem er bedenkenlos zustimmen kann.

Bürgermeister Vogt stimmt dieser Aussage zu und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass dieser für den Zweck für den er erstellt wird ausreichend ist.

Beschluss zu a):

Der Gemeinderat billigt das Plankonzept für den Bebauungsplan „Sondergebiet Einzelhandel“.

Abstimmung: 14 Ja

Beschluss zu b):

Der Gemeinderat stimmt der Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. I BauGB sowie der Trägeranhörung nach § 4 Abs. I BauGB zu.

Abstimmung: 14 Ja

07. Pauschalausschreibung zu Straßensanierungsarbeiten

hier: Auftragsvergabe

Stadtrat Hans Rossel ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und begibt sich zu den Zuhörern.

Bürgermeister Vogt gibt eine kurze Erläuterung des Verfahrens und führt weiter aus, dass die Straßen im Stadtgebiet unbestritten einen großen Sanierungsbedarf haben, allerdings es sich bei der Pauschalausschreibung um keine großen Sanierungsmaßnahmen, viel mehr um kleinere Straßenausbesserungsarbeiten handelt. Von der Stadt Neckarbischofsheim wurden den Anbietern die Preise vorgegeben, wobei diese wiederum Ab- oder Aufgebote auf die Preise machen konnten. Das größte Abgebot hat die Fa. Riedelberger, Sinsheim-Steinsfurt, mit 26,5 Prozent gemacht, weshalb die Verwaltung vorschlägt, den Auftrag an die Fa. Riedelberger zu erteilen.

Stadtrat Thomas Mayer stellt fest, dass es sich bei dem Abgebot von 26,5 Prozent lediglich um zwei bis drei Tausend Euro handelt. Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass bei einer Auftragssumme von lediglich 15.000 Euro die Einsparung nicht so üppig ausfallen kann. Er fügt noch hinzu, dass die Stadt Neckarbischofsheim bisher die Sanierungsarbeiten zu den regulären Listenpreisen durchgeführt hat. Nunmehr wurde ein bestimmtes Kontingent für Straßensanierungen ermittelt, um diese strukturierter angehen zu können.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, wer den Firmen die Arbeiten vorgibt. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass es sich hauptsächlich um Belagsarbeiten handelt. Bauamtsmitarbeiter Roland Herbold fügt hinzu, dass er kleinere Reparaturarbeiten an den Straßen aufsummiert hat, die den Betrag von 15.000 Euro nicht übersteigen werden (Schlaglöcher flicken, Sinkkästen ausbessern usw.). Bürgermeister Vogt weist noch darauf hin, dass vor allem in den Ortsdurchfahrten die Sanierung der Sinkkästen primär angegangen wird, da hier die größten Probleme bestehen. Die meisten Straßeneinläufe sind dabei in Untergimpfern zu sanieren.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet um Auskunft, ob diese Maßnahmen dann kurzfristig von der beauftragten Firma erledigt werden. Dies wird ihm von Bürgermeister Vogt bestätigt. Stadtrat Engelbert Lorenz weist darauf hin, dass die Vergabe von Pauschalausschreibungen gängige Praxis ist, da hier Sanierungsarbeiten schneller durchgeführt werden müssen. Bisher musste er immer ein Angebot bei der Firma für die Maßnahme eingeholt werden. Der Preis ist nunmehr in der Auftragsvergabe festgeschrieben.

Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest, dass 30.000 Euro für Sanierungsarbeiten an den Straßen im Haushalt eingestellt sind, jetzt aber nur 15.000 Euro als Pauschale festgeschrieben sind. Er bittet um Auskunft, ob die Stadt nicht das jetzt vorliegende „Schnäppchen“ von 26,5 Prozent Abgebot aufgreifen sollte, um mehr Maßnahmen durchzuführen.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass für andere Straßensanierungen noch Mittel benötigt werden, die über das Pauschalangebot nicht abgedeckt sind. Die dringendsten Maßnahmen können jedoch mit dem Pauschalangebot durchgeführt werden. Im Übrigen spart die Stadt kein Geld, sondern verwendet die Hälfte der veranschlagten Haushaltsmittel für die ausstehenden Sanierungsmaßnahmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe kleinerer Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Pauschalausschreibung an die Fa. Riedelberger, Sinsheim-Steinsfurt, zum Angebotspreis in Höhe von 15.000,00 Euro zu.

Abstimmung: 12 Ja 1 Enthaltung

08. Sanierung der Klassenräume im Adolf-Schmitthenner-Gymnasium hier: Musterzimmer

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass über die Sommerferien ein Klassenzimmer so eingerichtet werden soll, wie es dem Gemeinderat durch den Architekten bereits vorgestellt wurde. Auf Vorschlag des Architekten soll nicht in die Gesamtanierung eingestiegen werden, ohne zu testen, wie sich das Musterzimmer in der Schule auswirkt. Hierbei wurden bereits wegen dem Schallschutz und der Beleuchtung andere Schulen angeschaut, wie diese das Problem gelöst haben. Mit den ortsansässigen Firmen soll nun, ohne eine Ausschreibung, das Musterzimmer hergerichtet werden. Danach wird bei einem Ortstermin des Gemeinderats, und nach Rückkopplung mit den Lehrern nach dem Alltagsstest, entschieden, wie die Sanierung der Klassenzimmer weiter betrieben wird.

Stadtrat Walter Freudenberger bemängelt die Vorgehensweise, die keine Ausschreibung vorsieht.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Verwaltung bereits im Vorfeld die Angebote eingeholt hat, wobei der Architekt den Arbeitsumfang fixiert und die Kosten ermittelt hat, die im Rahmen liegen.

Bauamtsleiter Jürgen Böhm fügt hinzu, dass das Verfahren deshalb so gewählt wurde, da hier Arbeiten durchgeführt werden, bei der sowohl Auftragnehmer als auch die Stadt als Auftraggeber erst noch Erfahrungen sammeln müssen. Für beide sind die gewählten Materialien neu. In der Ausführung kann es vorkommen, dass kurzfristig noch Änderungen vorgenommen werden müssen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek ist der Meinung, dass im Hinblick auf die Gesamtinvestition am Schulzentrum der Gemeinderat schnellstmöglich ein Ergebnis zu sehen bekommt, um zu wissen, was weiterhin auf die Kommune an Kosten zukommen wird. Die Verwaltung hat bei ihrer Vorgehensweise nichts falsch gemacht, weil zuvor vom Architekten eine Gesamtzusammenstellung der Kosten für die Klassenzimmer vorgelegen hat.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Sanierung eines Klassenzimmers als Musterzimmer im Adolf-Schmitthenner-Gymnasium zu. Die Arbeiten in Höhe von 19.000,00 Euro werden nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern an die örtlichen Firmen freihändig vergeben.

Abstimmung: 13 Ja 1 Nein

09. Sanierung der Helmstadter Straße hier: Vorstellung der Ausbauplanung

Bürgermeister Vogt führt aus, dass sich die Helmstadter Straße unbestritten in einem schlechten Zustand befindet. Die Verwaltung hat sich dieser Tage den Unterbau der Straße und den derzeitigen Straßenbelag angeschaut und festgestellt, dass die vorgesehene Maßnahme (abfräsen alter Straßenbelag und Neuaufbau) nicht möglich ist, da der Unterbau dies nicht zulässt. Bauamtsmitarbeiter Roland Herbold erläutert die beiden vorgesehenen Bauabschnitte, sowie die Kostenschätzung in Höhe von 124.000 Euro. Nach der Entnahme von Schürfproben wurde festgestellt, dass der Unterbau noch gut erhalten, allerdings nur ein geringer Schotteraufbau vorhanden ist. Von den Baufirmen erhält die Stadt keine Gewährleistung, wenn über den Schotter eine Decke gezogen wird. Außerdem handelt es sich in diesem Bereich um eine Gefällstrecke, so dass Schubkräfte auf die Decke einwirken. Wegen dem Einbau einer höheren Decke müssen die Gehwege neu aufgebaut werden. Hierzu stellt Bürgermeister Vogt fest, dass die Kostenschätzung nicht die Kosten der notwendigen Ausschreibung aufweist.

Stadtrat Norbert Benz fragt nach, ob mit der Maßnahme auch die Kanalprobleme in der Helmstadter Straße gelöst werden. Bürgermeister Vogt stellt fest, dass der Kanal durch die Fa. Butz bereits befahren wurde und keine Maßnahmen zu erfolgen haben.

Stadträtin Angela Bloss weist darauf hin, dass wegen der Schließung des Bahnübergangs in der Hölderlinstraße eventuell Verkehrsprobleme auftreten könnten. Weiter fragt sie an, wann die Maßnahme durchgeführt werden soll.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Maßnahme noch in diesem Jahr angegangen wird. Zur Verkehrsproblematik stellt er fest, dass diese von der Verwaltung entsprechend gelöst wird.

Stadtrat Roland Schnell zeigt sich als Anlieger sehr erfreut, dass die Helmstadter Straße nun saniert wird, gibt aber zu Bedenken, dass der neue Belag zur Raserei verführen kann, weshalb er die Aufstellung von zwei Blumenkübeln, ähnlich wie im Ablassweg, als Bremse wünscht.

Bürgermeister Vogt sichert eine Überprüfung zu und weist darauf hin, dass mit dem Gemeinderat bei einem Ortstermin die Anregung besprochen wird. Eventuell können auch entsprechende Einengungen den gewünschten Effekt erzielen, um den landwirtschaftlichen Verkehr nicht zu stark zu behindern.

Stadträtin Karin Bender verweist darauf, dass im laufenden Haushalt lediglich 100.000 Euro für die Maßnahme eingestellt sind. Bürgermeister Vogt erwidert, dass durch Haushaltsreste aus dem Jahr 2007 die Finanzierung gesichert ist.

Stadtrat Engelbert Lorenz bittet darum, die Kosten für eine Gehwegpflasterung grob zu ermitteln und dem Gemeinderat den Unterschiedsbetrag vorzustellen. Bürgermeister Vogt sichert ihm die Vergleichspreise zu.

Stadtrat Hans Rossel fragt nach, ob der Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach über die Sanierungsmaßnahme informiert ist. Dies wird ihm von Bürgermeister Vogt bestätigt.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Ausschreibung zur Sanierung der Helmstadter Straße, wie vorgestellt, zu.

Abstimmung: 14 Ja

10. Evangelischer Kindergarten Neckarbischofsheim

hier: Beratung und Beschlussfassung über die Verlängerung der Betriebskostenvereinbarung um ein weiteres Jahr

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt aus, dass der neue Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde die Gelegenheit bekommen soll, im nächsten Jahr über den neuen Betriebskostenvertrag mit der politischen Gemeinde zu verhandeln. In den letzten Tagen erfolgten zwei Gespräche mit den Vertretern der Evangelischen Kirchengemeinde, in welchem über die Förderung der Kleinkindgruppe im Evangelischen Kindergarten verhandelt wurde. Dabei wurde von Seiten der Kirchengemeinde mitgeteilt, dass die Kleinkindgruppe weitergeführt wird, gleichzeitig aber die Gruppe so ausgestaltet werden soll, dass die Kirchengemeinde hierfür Zuschüsse vom Land Baden-Württemberg und der Diakonie erhält. Die Stadt Neckarbischofsheim wird sich an der Kleinkindgruppe mit 63 Prozent beteiligen. Bisher war vereinbart, dass die Stadt die Kleinkindgruppe mit 93 Prozent fördert. Bürgermeister Vogt möchte die neue Betriebskostenvereinbarung noch vor den Kommunalwahlen im Juni 2009 mit der Evangelischen Kirchengemeinde in trockene Tücher gebracht haben, damit der alte Gemeinderat diesen noch beschließen kann.

Stadtrat Erhard Rupprecht fragt nach, wenn bis zu diesem Zeitpunkt noch kein neuer Pfarrer im Amt ist, ob die Entscheidung dann verschoben wird. Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass dann mit dem Kirchengemeinderat zu verhandeln ist, wobei er wegen der guten Gespräche in letzter Zeit keine Probleme entstehen werden.

Stadtrat Rüdiger Knapp bittet um Auskunft, um welchen Betrag sich die Förderung der Kleinkinder reduziert, wenn der Fördersatz von 93 auf 63 Prozent verringert wird. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass das Evangelische Rechnungsamt der Verwaltung noch entsprechende Zahlen liefern wird. Um eine moderate Erhöhung des Kindergartenbeitrags für die zwei- bis dreijährigen Kinder wird jedoch notwendig werden.

Stadtrat Rüdiger Knapp schlägt vor, weiterhin die Kleinkindgruppe mit 93 Prozent zu fördern, um später dann mit dem neuen Pfarrer über neue die Bezuschussung zu verhandeln.

Stadtrat Hans Peter Jelinek hält den Vorschlag der Verwaltung für fair, da in der Sitzung am 06. Mai 2008 mit den Naturfreunden ebenfalls eine Förderung für die Kleinkindbetreuung in Höhe von 63 Prozent vereinbart wurde. Er ist der Meinung, dass hier keine ungleichen Bedingungen geschaffen werden sollen. Bürgermeister Vogt sieht in dem 63prozentigen Zuschuss keine Verschlechterung der Förderung.

Stadträtin Karin Bender sieht dies jedoch nicht so. Natürlich muss es in Zukunft eine Gleichbehandlung der Gruppen geben, allerdings nur bei einer Förderung von gleichen Altersgruppen bei den Naturfreunden und im Kindergarten. Erst im April diesen Jahres ist der Gemeinderat zum Entschluss gekommen, dass eine Förderung der Kleinkindbetreuung in Neckarbischofsheim erfolgen soll und hat wegen der Auffüllung der vierten Gruppe diese mit 93 Prozent gefördert. Im Endeffekt muss nach dem Übergangsjahr es dann so sein, dass beide Gruppen von der Stadt gleich gefördert werden. Bis dahin spricht sie sich allerdings für die 93prozentige Förderung aus.

Stadtrat Erhard Rupprecht wirft in die Diskussion ein, dass nach Abzug des Landes- und Diakoniezuschusses und des Elternbeitrags eventuell noch 68 Prozent zu fördern sind. Stadtrat Rüdiger Knapp ist der Meinung, dass der Gemeinderat bei seinem Beschluss vom April bleiben sollte, und eine 93prozentige Förderung gewährt.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass die Kleinkindbetreuung bisher als vierte Gruppe im Evangelischen Kindergarten mitgelaufen ist. Nunmehr gibt es die Fördermöglichkeiten vom Land Baden-Württemberg und der Diakonie (zwischen 6.000 und 12.000 Euro), so dass sich mit einem höheren Elternbeitrag die Finanzierung der vierten Gruppe günstiger darstellt.

Sollte der Gemeinderat die 93prozentige Förderung wollen, wird diese weiterhin gezahlt. Allerdings handelt es sich hierbei um eine freiwillige Leistung der Stadt Neckarbischofsheim.

Stadtrat Hans Peter Jelinek erklärt sich mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden und weist darauf hin, dass wenn die Kirchengemeinde mit 93 Prozent gefördert wird, auch die Naturfreunde diese Förderung erhalten sollen, weshalb er den Antrag stellt, die Förderung der Naturfreunde auf 93 Prozent zu erhöhen.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass als Tagesordnungspunkt die Verlängerung der Betriebskostenvereinbarung für die drei- bis sechsjährigen Kinder zu beschließen ist. Wegen der unterschiedlichen Auffassung der Förderung schlägt er vor, die Aufstellung der Kosten vom Evangelischen Rechnungsamt abzuwarten und nach den Sommerferien danach die Förderung der Kleinkindbetreuung, sowie den Mustervertrag von Gemeindegeld und Kirche über die Betriebskosten neu zu beraten und zu beschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Verlängerung der Betriebskostenvereinbarung mit der Evangelischen Kirchengemeinde Neckarbischofsheim für den Evangelischen Kindergarten Neckarbischofsheim um ein weiteres Jahr, vom 01.09.2008 bis 31.08.2009 zu. Die Defizitabdeckung in Höhe von 93 Prozent behält damit ein weiteres Jahr Gültigkeit.

Abstimmung: 14 Ja

11. Bekanntgaben

Burgenstraße e.V.

Die Stadt Neckarbischofsheim ist seit heute Mitglied im Verein „Burgenstraße e.V.“ Bei der Mitgliederversammlung am heutigen Tage in Bamberg wurde Neckarbischofsheim als neues Mitglied einstimmig aufgenommen. Die neuen Mitglieder wurden der Versammlung vorgestellt, wobei Neckarbischofsheim die einzige Kommune ist, die in ihrem Schloss einen Gastronomiebetrieb ausweisen kann. Bürgermeister Vogt verspricht sich mit der Mitgliedschaft einen Tourismusschub für Neckarbischofsheim.

Ausbau Stichweg in der Sinsheimer Straße

An der Ecke bei der Familie Mollner in der Sinsheimer Straße kann der Stichweg nun ausgebaut werden, nachdem alle Grundstückseigentümer zugestimmt haben und eine entsprechende Kostenvereinbarung getroffen wurde.

Treppenanlage zum Fünfeckigen Turm

Die Treppenanlage von der Hauptstraße zum Fünfeckigen Turm ist stark sanierungsbedürftig. Die Verwaltung hat einen Kostenvoranschlag erstellt, und wird die Sanierung der Treppenanlage in den nächsten Wochen angehen.

Starkregenereignisse

Aufgrund der letzten Starkregenereignisse wurde dieser Tage ein Gespräch mit dem Landwirtschaftsamt und den Landwirten im Stadtteil Untergimpfern geführt, wie mit einer anderen Bewirtschaftung der Ackerflächen eine Verbesserung der derzeitigen Situation erfolgen kann. Die Problematik kann allerdings nur angegangen werden, wenn alle privaten Grundstückseigentümer hier an einem Strang ziehen und mitmachen.

Adolf-Schmitthenner-Gymnasium

Am heutigen Tage wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass der Konrektor des Adolf-Schmitthenner-Gymnasium, Herr Willi Mann, zum neuen Schuljahr als Rektor in das Gymnasium nach St. Leon-Rot wechseln wird. Der Nachfolger für den Konrektor ist noch nicht bekannt.

25 Jahre Angelsportverein Krebsbach

Der Gemeinderat erhält als Tischvorlage die Einladung des Angelsportverein Krebsbach zu dessen 25-jährigen Jubiläum am 27. September 2008.

12. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Erhard Rupprecht bittet um Auskunft, warum sich bei der Erschließung des Neubaugebiets „Eichertstal“ derzeit nichts tut.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Maßnahme zum Leidwesen der Verwaltung derzeit nur recht schleppend vorangeht. Die Termine für die Erschließungsmaßnahmen sind bekannt, wobei die Firmen wohl im Bauzeitenplan liegen.

Stadträtin Angela Bloss fragt an, ob beim Gesprächstermin mit der SWEG am 02. Juli 2008 eine Einigung über die Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung für den Bahnübergang an der Hölderlinstraße erreicht werden konnte.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass aus dem Gespräch insofern erfreuliches zu erfahren war, als dass das Interesse an der Schienenstrecke wohl erhalten bleibt. Daraus ergibt sich aber auch die schlechte Nachricht, dass nach dem Eisenbahngesetz der Bahnübergang geschlossen werden muss.

Stadtrat Walter Freudenberger regt an, dass nach der Errichtung des Rohbaus der Fa. Neudel, noch mal verhandelt wird, ob die Sichtlinie ausreichend ist.

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass die Verwaltung der SWEG und dem Landratsamt geschrieben haben, dass eine Schließung erst erfolgen wird, wenn eine Beeinträchtigung der Sichtlinie durch die Fa. Neudel tatsächlich erfolgt.

Stadtrat Walter Freudenberger führt aus, dass das Denkmal der „Germania“ auf dem Marktplatz wieder schön hergerichtet wurde, allerdings, wie in der Zeitung ausgeführt, das Schwert fehlt. Er bittet darum, dieses wieder an der Germania anzubringen.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die Kriterien der Denkmalpflege nur den Erhalt eines Denkmals beinhalten, ein Zubau von Dingen nicht erfolgen darf. Im Übrigen war vor der Sanierung schon bekannt, dass das Schwert gefehlt hat.

Stadtrat Walter Freudenberger verweist auf den Zustand der derzeitigen Feldwege, aus denen vermehrt das Unkraut wächst und dadurch den Beton beschädigt. Er bittet um Reinigung der Betonfeldwege, damit diese weiter erhalten bleiben.

Bürgermeister Vogt nimmt den Hinweis auf und wird den Auftrag an den städtischen Bauhof weitergeben.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet um Auskunft, weshalb letzte Woche um 24 Uhr und 4 Uhr die SWEG einen Schienenverkehr durchgeführt hat.

Bürgeramtsleiter Jürgen Böhm teilt mit, dass es sich hier um Sanierungsarbeiten an der Gleisanlage gehandelt hat.

Stadtrat Dr. Rainer Köthe teilt mit, dass in Untergimpeln seit gestern Abend einige Straßenlampen ausgefallen sind. Er bittet darum, diese wieder Instand zu setzen.

Bürgermeister Vogt nimmt den Hinweis auf, bittet künftig aber darum, die Angelegenheiten direkt an das Rathaus zu richten.

Stadtrat Hans Peter Jelinek bittet um Auskunft, wie weit die Errichtung des DFB-Minispielfeldes ist.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der Einweihungstermin mit dem Vorsitzenden des Fußballkreises Sinsheim, Herwig Werschak, nach den Sommerferien vereinbart wurde. Hier soll an einem Freitagnachmittag oder Samstagvormittag eine Einweihungsfeier mit einem kleinen Programm stattfinden.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet darum, die Gräben jetzt auszufräsen, um bei auftretendem Hochwasser einen besseren Wasserablauf zu haben.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Mitarbeiter des städtischen Bauhofs bereits die Maßnahme angegangen ist.

13. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Herr Günter Burkhardt verweist auf einen Bericht in der Rhein-Neckar-Zeitung, in welchem ausgeführt wird, dass eine Grünschnittdeponie im Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverband Waibstadt für Neckarbischofsheim ausgewiesen ist. Er bittet um Auskunft, ob diese für die Stadt Neckarbischofsheim, den GVV Waibstadt oder den Rhein-Neckar-Kreis eingerichtet wird und ob die Thematik bereits im Gemeinderat diskutiert wurde.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Diskussion noch im Gemeinderat zu führen ist. Die Aufnahme der Grünschnittdeponie in den FNP wurde auf Wunsch der Firma Hauck gemacht, da die Recyclinganlage in der Talau in Richtung Helmhof künftig mit der Erddeponie in Helmstadt-

Bargen kombiniert werden soll. In Neckarbischofsheim soll eine Grünschnittsammelstelle mit Verarbeitung im Eingangsbereich des Steinbruch Helmhof entstehen, wobei über die Ausgestaltung der Anlage noch zu reden ist.

Herr Spengemann aus Helmstadt-Bargen teilt mit, dass im Bereich des Gewann „Hinterer Galgenberg“ durch den Jagdpächter Michael Pfannenstiel ein Hochsitz auf den öffentlichen Zufahrtsweg gestellt wurde. Er bittet den Bürgermeister, hiergegen etwas zu unternehmen.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der Verwaltung die Problematik bekannt ist und eine Lösung gefunden wird.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: